Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Städt. Sparkasse, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, wie es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, bei der Bezieherschaft der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Nachlieferung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der jeweiligen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Lachen" monatlich 1.35 M., zuzüglich 45 Pf. Zustellgebühr, außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.35 M. zuzüglich 45 Pf. Zustellgebühr. Postbezugspreis 1.35 M. zuzüglich Post- u. Zustellgebühr. Telegramm-Adresse: „Dresdner Volkszeitung".

Schriftleitung: Bettinerplatz 19. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 19. Fernsprecher Nr. 25261 und 25262. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.50 M. für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4 Proz. Rabatt. Für Briefnieder 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 4 | Dresden, Dienstag, den 6. Januar 1931 | 42. Jahrgang

Marschbereit gegen die Mordbanden

Das Reichsbanner ruft

Die Sicherung der Republik und der Demokratie

Magdeburg, 6. Januar. (Eig. Funkspruch.) Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat am Montag folgenden Aufruf erlassen:

Am Gründungstage marschbereit!

Kameraden, in wenigen Wochen jährt sich zum siebenten Male der Tag der Gründung unseres Bundes. Aber noch sind die Aufgaben, die uns eine Zeit der Wirrnisse und der Not stellt, nicht gelöst. Nichts als die Verheißung eines Aufstiegs der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung hielt uns, als wir aus Not und Tod des Krieges heimkehrten. Auch diese Verheißung soll uns genommen werden. Aus Gebieten, das wir während des Krieges mit verteidigten, wird seit Jahr und Tag der innere Krieg gegen die deutsche Republik finanziert. Aus Eigennutz, Machthunger und Machtgier hetzen ehemalige Soldaten gegen Kameraden von einst. Der einfache Mann, auf dessen Schultern die Lasten des Krieges am schwersten liegen, soll die Kosten tragen und als Staatsbürger entrechtet werden.

Noch ist es nicht möglich gewesen, den neuen Staat der Deutschen zu unerschütterlicher Einheit zu formen. Schwerer als zuvor wird der Kampf im nächsten Jahre unseres Bundes werden. Wieder wie in den verhängnisvollen Jahren 1922/23 suchen auswärtige Mächte die inneren Konflikte Deutschlands. Wieder sind Deutsche bereit, Landsknechtsdienste für fremde Mächte gegen das eigene Volk zu leisten. Kommunisten gehen den Moskauer Befehlen, Stahlhelm und Nationalsozialisten paradieren vor Mussolini. Die einheitliche Führung der deutschen Außenpolitik ist durch das Treiben der deutschen Faschistenverbände in Frage gestellt. Die Faschisten aller Länder werfen sich die Bälle zu. Die Gefahr ist groß, daß faschistische Zetteleien an den Grenzen Deutschlands uns in unübersehbare Verwicklungen stürzen. Wir fordern von unseren Kameraden an den Grenzen verschärfte Aufmerksamkeit. Sie dürfen gewiß sein, daß in Zeiten der Not mit ihnen gemeinsam Kameraden aus allen Gauen Deutschlands zwischen den Faschisten diesseits und jenseits der Grenzen stehen werden.

Mit schwerer Sorge erfüllen uns die Zustände in der Reichshauptstadt. Das Blut der in der Silvesternacht gemordeten Kameraden darf nicht ungesühnt bleiben und wird nicht umsonst geflossen sein. Alle Kraft unseres Bundes wird aufgeboten, um in kürzester Frist dem Treiben faschistischer und kommunistischer Mordkolonnen ein Ende zu machen. Wie es in der Mehrzahl unserer Gaue den Schutzformationen allein durch entschlossene Anwendung gegebener gesetzlicher Möglichkeiten gelungen ist, in wenigen Wochen die Willkür der größenwahnsinnig gewordenen Terrorhaufen des staatenlosen Abenteurers Hitler zu brechen, muß es auch unseren Berliner Kameraden möglich gemacht werden, Leib und Leben der Republikaner und den Frieden ihrer Wohnungen zu sichern.

Bis zum 22. Februar, dem Gründungstage unseres Bundes, müssen überall in Deutschland die Schutzformationen „marschfertig" dem Bundesführer gemeldet werden.

An die Arbeit, Kameraden, in allen Gauen und in allen Ortsvereinen. Das Heer der deutschen Republikaner steht gerüstet und bereit für alle Aufgaben, die ihm gestellt werden.

Magdeburg, den 5. Januar 1931.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners

J. A. Otto Hörsing

Militarisierter Kochtopf

Frauen und Dienstpflichtgesetz

Deutschland soll militarisiert werden. Der Versailler Vertrag gestattet das nur in sehr begrenztem Umfang. Wie macht man's also? Der mit so was wie Arbeitsdienstpflicht — auch für Frauen! Fünf bürgerliche Parteien brachten im jetzigen Reichstag einen Gesetzentwurf ein, der in 28 ausgeklügelten Paragraphen eine zweijährige Arbeitsdienstpflicht für alle Jugendlichen zwischen 17 und 20 Jahren fordert. Fünf Parteien: Deutschnationale, Christlichsoziale, Wirtschaftspartei, Wahrauns jungdeutsche Mannen und als fünftes, durchaus nicht überflüssiges Rad am Wagen die Nationalsozialisten, die sich wieder einmal in trauter Gemeinschaft mit den übrigen Gütern des Kapitals zusammenfinden.

Jugend liegt arbeitslos auf der Straße, junge Kräfte finden keine Aufgabe, sich zu erproben, und werden im Einerlei arbeitsloser Wochen aufgerieben. Im Zeichen seelischer und körperlicher Not hält der Jugendfreitod erschreckende Ernte, ist die Jugendkriminalität im Wachsen begriffen. Schuld trägt ein System, das mit den jungen Menschen nichts anzufangen weiß, das ihnen alle gesunden Entfaltungsmöglichkeiten entzieht. Die Priester dieses kapitalistischen Systems aber, um die Sünden ihres Gottes zu verschleiern, entrüsten sich nach der Methode „Haltet den Dieb!" über die angebliche Unmoral der heutigen Jugend und schieben alle Schuld der fehlenden militärischen Zucht in die Schuhe, schreien laut nach Kasernen und neuer „Wehrbarmachung", schreien laut nach einem Arbeitsdienstpflichtgesetz, mit dessen Hilfe man die Jugend zwar nicht heilen, aber kirre machen will.

„Sonderbar", schreibt einmal Heinrich Heine, „sonderbar! Und immer ist es die Religion, und immer die Moral, und immer der Patriotismus, womit alle schlechten Subjekte ihre Angriffe beschönigen!" Man sagt auch hier „Moral, Sitte, Vaterland" und meint in Wahrheit Profit, Ausbeutung, Macht. Denn würde das famose Gesetz zur Wirklichkeit, so schlügen seine Verfechter viele Fliegen mit einer großen Klappe. Jugendliche Erwerbslose verschwänden scheinbar vom Arbeitsmarkt, um als unfreiwillige Lohndrücker (50 Pf. Stundenlohn!) und Streikbrecher wieder aufzutauchen, sobald „die deutsche Produktion aus irgendwelchen Gründen stockte". Hinter den Kulissen hätte man zudem die Möglichkeit, ausgiebig Soldaten zu spielen, durch Kasernendrill und Kadavergehorsam — so hofft man wenigstens — die revoltierende Arbeiterjugend zum Strammstehen, Maulhalten, Nichtnachdenken zu erziehen. Welch prachtvolle Aussichten für kommende Unternehmergenerationen!

Die Frauen sollten bei näherer Betrachtung des

Ran an die Futterkrippe!

Die sächsischen Nazis drohen mit Volksentscheid

In Thüringen und in Braunschweig ist es den Hakenkreuzlern vom Stamme Hitler gelungen, an die „Futterkrippe" zu kommen. Sie sind in der Regierung und sind emsig damit beschäftigt, die Verwaltung von Republikanern zu säubern, um damit Platz für eigene Leute zu schaffen. In Sachsen haben sie vorläufig nicht allzuviel Aussicht, recht bald in die Regierung einziehen zu können, wenn auch in der sächsischen Deutschen Volkspartei Blüher durch den jungen Herrn Dieckmann beiseite gedrängt wurde und dort die Sehnsucht nach einem Bürgerblock in Sachsen recht groß ist. Im gegenwärtigen sächsischen Landtag bilden die Demokraten, die nun einmal ausschlaggebend sind, ein schweres Hindernis für die Bildung einer von Nazileuten verzierten und beherrschten Regierung. Gegen die gegenwärtige geschäftsführende Regierung aber sind die Killinger-Leute machtlos. Diese Regierung ist zurückgetreten, kein Mißtrauensvotum kann ihr etwas anhaben, aber sie bleibt so lange, bis eine neue Regierung gebildet werden kann, und dafür sind eben in diesem Landtage keine Aussichten.

Der Regierung Schieck kann man sicher nicht ein Zuviel von fortschrittlicher und republikanischer Gesinnung nachsagen. Es sei hier nur an ihre Stellung zum Remarque-Film erinnert. Aber Schieck und seine Leute sind nicht bereit, so zu tanzen, wie die Herren von der sächsischen Hitler-Filiale pfeifen, insbesondere sind sie nicht bereit, die große Reinigungsaktion durchzuführen, die die sächsische Verwaltung von Marxisten und anderen Republikanern säubern soll.

Der Freiheitskampf, das sächsische Naziblatt, unternimmt jetzt einen Vorstoß gegen die Regierung Schieck. In dem Blatt wird bitter darüber geklagt, daß immer noch nicht mit allen „Zeiterscheinungen Zeignerscher Herrschaft" aufgeräumt sei. So wird darauf verwiesen, daß „Jude und Marxist" Gradnauer noch immer sächsischer Gesandter sei. Immer wieder seien von nationalsozialistischer Seite Fälle von „marxistischer Beamtenwirtschaft" veröffentlicht worden, ohne daß die Regierung auch nur einen Finger gerührt habe. Vielleicht hoffen die Herren von der Regierung, daß die Nationalsozialisten mit der Zeit mürbe würden. Aber die Herren Bürokraten irrten sich. Sie verkennen vollständig ihre wackelige Stellung. Es sollte sich auch bereits bei diesen Stellen herumgesprochen haben, welche befreiende Säuberungsaktion beim Antritt Fricks in Weimar erfolgte. Dort sei das Ministerium von oben herunter gewaltig gesäubert worden. Eine glatte Irreführung sei es, wenn der Oeffentlichkeit immer wieder das Schlagwort von einer bürgerlichen Regierung vorgesetzt werde. Nach wie vor säßen Marxisten an maßgebenden Stellen. Es sei höchste Zeit, eine radikale Umstellung der Regierung vorzunehmen. Das sächsische Volk habe durch die Wahl zum Ausdruck gebracht, daß es antimarxistisch regiert werden wolle.

Der Freiheitskampf behauptet dann weiter, es sei ihm bekannt geworden, daß der Justizminister Dr. Mannsfeld den „Marxisten Dr. Ziel", der seinerzeit Landtagspräsident gewesen sei, aus Chemnitz in das Justizministerium holen wolle. Dabei ist noch unklar, wieso der Freiheitskampf zu der Behauptung kommt, daß Herr Dr. Ziel einmal Landtagspräsident gewesen ist. Ein Herr dieses Namens hat dem Landtag überhaupt nicht angehört und ist natürlich infolgedessen erst recht niemals Landtagspräsident gewesen.

Dem Innenminister Richter wird vorgeworfen, daß er besonders bemüht sei, Korpsbrüderpolitik zu treiben. Trotzdem ein Fachmann da sei, der die Leitung der Landesversicherungsanstalt übernehmen könne, versuche Dr. Richter, einen seiner Korpsbrüder in diese Stelle hineinzubringen.

Nachtigall, ich hör dir laufen. Der angebliche Fachmann ist der den Nationalsozialisten nahestehende Oberregierungsrat Röntsch, der sich schon seit einiger Zeit die Stiefelsohlen abläuft, um die Zusicherung seiner Ernennung zum Präsidenten der Landesversicherungsanstalt zu bekommen. Bisher hat es aber nicht geklappt, und deshalb die Wut im Lager der NSDAP.

Am Schluß des Artikels wird dann schließlich noch einmal gesagt, die geschäftsführende Regierung in Sachsen besorge lediglich die Geschäfte der Marxisten. Die bürgerlichen Parteien seien unfähig, eine einwandfreie marxistenfreie Regierung auf die Beine zu bringen. Deshalb würden die Nazis ihren ganzen Apparat einsetzen, um dem sächsischen Volke den „Betrug, der mit seinem Willen" getrieben würde, vor Augen zu führen. Wenn weder eine geeignete Regierung zustande käme noch eine Auflösung des Sächsischen Landtages, dann würden die Nationalsozialisten den unmittelbaren Appell an das sächsische Volk richten. Es bleibe dann immer noch die Waffe des Volksentscheids. Die Nationalsozialisten seien bereits heute in der Lage, ihn durchzusetzen, und das dürfte eine letzte Warnung an alle die Kreise sein, die es verhindern, daß der sächsische Verwaltungssumpf trockengelegt wird.

Es mag sein, daß diese Drohung im bürgerlichen Lager nicht ganz ohne Eindruck bleibt, denn dort wünscht man sicher keine Landtagsauflösung, aber es ist nicht anzunehmen, daß die Nazis mit ihrer Drohung die Demokraten herumkriegen, denn für diese wäre es Selbstmord, wenn sie der Bildung einer Regierung zustimmten, in der die Nazis vertreten sind, zumal nach den Erfahrungen, die man in Thüringen und Braunschweig mit den Frick und Franzen gemacht hat. Der Freiheitskampf tut so, als ob bei einem etwaigen Volksentscheid ein Erfolg des Hakenkreuzes sicher sei. Nun, die Herrschaften sollen es doch versuchen und zeigen, was sie können. Aber möglicherweise ist ihnen doch dieses Eisen zu heiß, denn bisher haben sie nur ein Sechstel aller sächsischen Wähler hinter sich gehabt.

Dann dürften der verhinderten Regierungspartei der Killinger u. Co. alle Drohungen nichts nutzen, und sie müßte sich zunächst damit abfinden, daß in Sachsen das thüringische oder braunschweigische Vorbild nicht nachgeahmt wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310106/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG